



# AUFRECHT SCHWEIZ

## Positionspapier Aufrecht Schweiz

### „Frei und ohne Filz“

#### 1. Einführung

Unsere Werte sind die Menschenrechte, Subsidiarität, Selbstbestimmung und Eigenverantwortung. Beschäftigt man sich nicht tiefer damit, bleiben es Schlagworte.

Wir möchten, dass die Mitglieder von Aufrecht sich mit diesen Werten in der Tiefe auseinandersetzen. Wer sich mit den Wortbedeutungen bewusst auseinandersetzt und bereit ist, diese grundlegenden Werte ohne Einschränkungen zu bejahen, wird sie als Raster über sämtliche politische Fragestellungen legen können. Die Position zu diesen Fragestellungen wird sich dann, in der Regel, klar ergeben.

Der Grossteil der Politik, der Wirtschaft, der Gesellschaft kennt scheinbar nur:

*„Eine unpersönliche Zielrichtung“ Schlagworte wie: Grösser, Weiter, Schneller, Rationeller, Konzentrierter, Höher hinaus ...*

**Diese sogenannten egozentrischen Werte führen weg von uns Menschen, der Bevölkerungsbasis, hin zur Konzentration für wenige, hierarchisch dominierende Personen.**

Die Folgen davon sind zunehmend eine Machtkonzentration von „**unten nach oben**“. Dies führt weg von Menschlichkeit und Individualität, hin zur Organisationsmasse Mensch. Wobei die Wertschöpfung der unteren Schichten immer mehr nach „oben“ abgeschöpft werden. Diese Machtkonzentrationen führen zu Ungerechtigkeiten, welche durch viele Netzwerke von Wirtschaft-, Politik- und vor allem Lobbyinteressen stetig weiter ausgebaut werden.

**DIESE SEILSCHAFTEN FUNKTIONIEREN HEUTE PERFEKT - WER ABER IST DER LOBBYIST FÜR UNS MENSCHEN, DIE BEVÖLKERUNG?**

**AUFRECHT SCHWEIZ** - Die Bewegung aus der Bevölkerung will diesen Teil in der Politik übernehmen! Wir sind „Frei und ohne Filz“ und werden es bleiben.

- a. *Wir treten ein für dezentrale und lokale Lebens- und Versorgungsstrukturen.*
- b. *Wir geben den Menschen ihre verfassungsmässigen Rechte wie Selbstbestimmtheit und Eigenverantwortung zurück.*
- c. *Wir treten der Zentralisierung entgegen.*
- d. *Wir unterstützen KMU Betriebe und die Landwirtschaft mit unserem **risikobasierten** Ansatz, das heisst, bei Allem wird eine Güterabwägung zur Entscheidungsfindung angewandt. Dies wird zu einem deutlichen Abbau von Regulatorien (Gesetze und Verordnungen) führen und somit die administrative Flut deutlich reduzieren, was die KMU finanziell und zeitlich entlastet.*

## 2. Auszug aus unseren Grundwerten

(Bitte beachte unser dazugehöriges **Aufrecht Grundlagenpapier**)

**AUFRECHT SCHWEIZ** ist eine Bewegung mit einer klaren Vorstellung und einer klaren Forderung für ein menschlicheres Miteinander in Politik und Wirtschaft!

### **Freiheit im Denken, Fühlen und Handeln**

Wir wünschen uns eine Gesellschaft, in der wieder Meinungsfreiheit und freie Rede herrschen. Wir wünschen uns eine breite Meinungs-, und Denkviefalt, wo miteinander diskutiert, nach der Wahrheit gesucht und auch gerungen wird. In einer Zeitung steht nicht dasselbe, wie in den Anderen. Einträge auf elektronischen Plattformen werden nicht gelöscht und Andersdenkende nicht ausgegrenzt oder als Extremisten diffamiert!

### **Gesellschaft und Wirtschaft auf neuen Wegen**

Wir stehen ein für Vernetzungen auf lokaler Ebene, wo die Menschen einander kennen und mit ihren Dienstleistungen die Gemeinschaft tragen. Neue Lebensgemeinschaften und Lebensformen sollen auch eine Chance erhalten, um sich zu entfalten.

Wird die Wirtschaft regionaler, finden die Akteure wieder direkter zusammen. Ist der Unternehmer noch in direktem Kontakt mit den Kunden bestehen gute Chancen, dass die Wirtschaft Geschwisterlicher und Menschlicher wird.

### **Gerechtigkeit im Rechtswesen**

Richter sollen ohne Druck Recht sprechen können. Alle Anliegen müssen unabhängig von wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Position der Parteien behandelt werden.

Das Prinzip des Risikobasierten muss in juristischen Regelwerken (Gesetze, Verordnungen usw.) Einzug halten. Für die Staatsanwälte darf es keinen Karriereeinfluss haben, wenn sie gegen die Regierung, deren Organisationen und gegen deren Beamte vorgehen, sie müssen komplett unabhängig sein.

## 3. Politische Umsetzung unserer Werte

### a. Es gibt eine Bildungspflicht, keinen Schulzwang!

**Wir stehen ein für ein freiheitliches Bildungssystem, bei dem Eltern unbürokratisch und basierend auf einem vorgegebenen minimalen Lehrplan, Ihre Kinder selbst unterrichten dürfen, sowie private oder auch öffentliche Schulen betreiben können. Der Wettbewerb wird zeigen, was sich bewährt!**

Hintergrund:

Diese Rechte sind keine Erfindung von AUFRECHT SCHWEIZ! Mit dem „**Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte**“ Art. 13 Abs. 3/4, hat die Schweiz diese Rechte bereits vor langer Zeit völkerrechtlich unterschrieben.

Die Pandemie hat gezeigt, dass es Eltern gibt, welche wegen zu wenig weitführenden Massnahmen wie auch Eltern, welche wegen den zu weit führenden Massnahmen, ihre Kinder im Homeschooling unterrichten wollten. Mit der Anwendung der Grundsätze des o. g. Paktes wäre allen Seiten gedient.

Der Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte spricht klar davon, dass die Bildungsvorgaben keine Hürden für nicht - staatliche Modelle darstellen sollen. Wir sehen als Basis der Bildungspflicht: Mathematik, Lesen, Schreiben, Geschichte, Geographie und Geometrie auf dem Niveau des abgeschlossenen neunten Schuljahres. Darüber hinaus haben sämtliche Bildungsstätten die Selbständigkeit und Eigenverantwortung zu fördern.

## **b. Recht und Gesetz**

**Die Gesetze und Verordnungen wachsen jährlich stark an und schränken die Freiheiten immer mehr ein. Das führt einerseits; jährlich zu Hunderten von Verwaltungsstellen und Kosten von mehreren Millionen von Franken. Die Verwaltungsstellen sind in der Natur der Sache unproduktiv, kosten aber enorme Steuergelder. Andererseits halten diese wachsenden Einschränkungen, die Produktiven von ihrer eigentlichen Wertschöpfung ab. Für kleine und mittlere Unternehmen, wie auch für die Landwirtschaft führt diese Regulierungsexplosion zu steigenden administrativen Kosten, welche das produktive Geschäft arg belasten. Darum hilft unser risikobasierter Ansatz, unnötige Gesetze und Verordnungen zu eliminieren oder auch die administrativen Pflichten stark einzuschränken.**

Um den **risikobasierten Ansatz** in Gang zu bringen, empfehlen wir folgendes Vorgehen:

- In jedem öffentlichen Arbeitsbereich haben die Angestellten das Recht und auch den Auftrag, die negativen Auswirkungen von Regeln, Verordnungen und Gesetze begründet an eine öffentliche Kontaktstelle zu melden, was auch anonym eingereicht werden kann.
- Die Bevölkerung kann dieser Kontaktstelle ebenfalls solche Anträge einreichen.
- Alle Personen in der Schweiz können, wenn gewünscht auch anonym, einer Kontaktstelle aus ihrer Sicht nutzlose Regelwerke (Gesetze und Verordnungen) melden.
- Diese hat die Pflicht die Meldungen auf die o.g. Begründung zu prüfen und an das zuständige Parlament zu rapportieren.
- Die Parlamentarier haben schliesslich auch den Auftrag überflüssige Gesetze zur Diskussion zu stellen und abzuschaffen.
- Die Parlamente legen eine Zielquote fest von nicht weniger als 5% an Verordnungen und Gesetzen, welche jährlich über die nächste Amtsperiode abgebaut werden muss. Die Parlamentarier stehen darin in der Pflicht darauf zu achten, dass die Quote auch einen materiellen Anteil an Verordnungen und Gesetzen enthält.

## **c. Gewaltentrennung – wirklich!**

**Für eine funktionierende Gesellschaft ist eine funktionierende Gewaltentrennung unabdingbar. Die Schweiz sieht sich da immer als Musterland. Aufrecht stellt diesbezüglich jedoch gravierende Mängel fest.**

- **Polizei und Justizdepartemente**

Polizei und Justiz sind zwei getrennte Staatsgewalten. Sie gehören politisch nicht in ein Departement vereint. So darf es auch baulich keine gemeinsamen Sitze geben. Polizisten und Staatsanwälte treffen sich in einer gemeinsamen Cafeteria im Personalrestaurant und gewinnen so eine Vertrautheit zueinander, welche für eine sachliche, neutrale und unabhängige Arbeit beider Staatsgewalten hinderlich ist.

- **Legislative & Exekutive**

Die Legislative ist gesetzgebende Gewalt. Dies steht allein den Parlamenten zu (allein Parlament & Volk beauftragt Ämter zur Ausarbeitung von Gesetzesvorlagen). In der Praxis zeigt sich jedoch, dass immer mehr Gesetze seitens Regierungen und Ämter kommen. Dies auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene. Die Regierungsämter sind exekutiv, also ausführend. Es zeigt sich seit Jahrzehnten, dass via Exekutive immer mehr Einfluss auf die Gesetzgebung ausgeübt wird. Auch neigt die Exekutive, vor allem

auf Bundesebene, vermehrt dazu, Vorgaben nicht auszuführen, was ihr vom Parlament und Volk aufgetragen wurde z.B. EU-Politik.

- **Judikative**

Besonders bei den Richtern sehen wir Abhängigkeiten, welche der Gewaltentrennung sehr entgegenpricht. Es ist heute praktisch unmöglich parteilose Richter einzusetzen. Die Parteien erheben im Gegenteil sogar unverhohlene Ansprüche, ihre Richter zu stellen. Letztlich werden Richter sogar politisch eingesetzt. Hier sehen wir eine klare Trennung in Richtung Volkswahl, oder einer gewählten Kommission. Die Richter werden also komplett unabhängig von Parteien in Zukunft gewählt.

- **Medien**

Die Macht der Medien ist enorm. Sie ist die 4. Staatsgewalt. Unter diesem Gesichtspunkt lehnen wir eine Finanzierung der Medien von staatlicher Seite her, ab. Ebenso sind Zensur und systemtreue Fakten-Checker aufzuheben. Das Strafgesetz gibt genügend Handhabe gegen Verleumdung, Beleidigung und Hetze. Die Berichterstattung an die Bevölkerung der politischen, sowie weiteren Geschäfte, wird durch die Regierungen organisiert. Vorstellbar sind entsprechende Internetseiten, resp. eine dazugehörige Medienstelle.

- **Forschung**

Private Forschung darf nicht direkt staatliche Mittel erhalten, staatliche Forschung muss in erster Linie dem Gemeinwohl dienen, unabhängig von der Wirtschaft und darf nicht gewinnorientiert sein. Die staatlichen und privaten Forschungsgelder müssen in einen „grossen Topf“ einbezahlt werden. Ein unabhängiges und wohldurchdachtes Gremium verteilt die Gelder, wobei die Geldgeber nicht wissen, welches Projekt welche Gelder erhält. Gerade bei der Forschung ist unser risikobasierter Ansatz im besonderen Masse anzuwenden. Allfälliger Patenteigentümer ist die Bevölkerung als Steuerzahler.

#### **d. Schweizerische Souveränität stärken!**

**Von den Politikern wird uns immer wieder die Abhängigkeit vom Ausland und das Inseldasein der Schweiz vor Augen geführt. Damit wird argumentiert, dass wir den Ansprüchen insbesondere gegenüber der EU entgegenzukommen haben. Für souveräne Politiker führt dies zur Frage, wie die Abhängigkeit verringert werden kann. Aufrecht steht für eine Selbstversorgung der existentiellen Bedürfnisse und den Abbau ausländischer Abhängigkeiten!**

Insbesondere in der lokalen Nahrungsmittelproduktion sehen wir einen dringenden Bedarf. Jedoch nicht mittels Subventionen an Bauern, sondern mittels Abbaus von unnützen, rein bürokratischen Regulatorien. Wo nötig und sinnvoll, soll es eine Unterstützung durch ausgewiesene Fachkräfte geben. Permakultur ist beispielsweise eine Methode, welche wissenschaftlich nachgewiesen, enorm ertragreich und ökologisch ist. Dabei gilt es auf regionale Lebensmittel zu setzen und das regional Machbare zu suchen.

Die Energieversorgung und Speicherung mittels Wasserkraft sind so einzurichten, um das Maximale zu erreichen. Alternative Energien sind vor allem durch den Abbau von Vorschriften zu fördern.

Diverse Produktions- und Landwirtschaftsbetriebe sind in den letzten Jahrzehnten aus der Schweiz verschwunden. Die Abhängigkeit gegenüber dem Import vergrösserte sich dadurch enorm. Ein natürlicher Trend zur Inlandproduktion hat bereits eingesetzt durch viele kleine

Startups oder Einzelbetriebe. Der spürbare Abbau von Bürokratie und Regularien ist für diese Betriebe überlebenswichtig.

## **e. Krankheitssystem vs. Gesundheitssystem.**

**Spätestens Corona hat gezeigt, dass Gesundheitspolitik sich nicht auf Kranke und Gefährdete beschränkt, sondern Gesunde, Wirtschaft und Gesellschaft fundamental beeinflussen und schädigen kann.**

Die Schulmedizin hat in breiten Teilen der Bevölkerung massiv an Glaubwürdigkeit verloren. Das schweizerische Krankenkassen-Obligatorium wird seit Jahren für immer weitere Kreise der Bevölkerung unbezahlbar. Entlastungszahlungen (IPV) seitens Kantone werden trotz der Notwendigkeit für viele Familien und Kleinverdiener gekürzt.

Das Krankheitssystem ist zu einem Selbstbedienungsladen geworden. Weder Ärzte noch Spitäler haben handfeste Anreize, zu sparen. Die Pharmaindustrie und Medizinaltechnik haben keine Probleme ihre Neuen „Nicht-Innovationen“ zu registrieren, auf die SL Liste zu bringen und zu massiv überhöhten Preisen zu verkaufen. Auch die Verbraucher sehen bei den horrenden Krankenkassenkosten keinen Grund zur Zurückhaltung, zur Übernahme der Eigenverantwortung und damit zum Sparen. Die Folgen davon sind ca. 20% unnötige Operationen, mehrere Tonnen weggeworfene Medikamente und unzählige nicht notwendige Arztbesuche jährlich.

Jeder soll vermehrt Verantwortung für seine Gesundheit übernehmen und jeder soll das Recht haben die Art seiner Gesundheitsversorgung selbst zu bestimmen!

- Wir stehen ein für eine freie Wahl der Art (Schul- und/oder Alternativ-Medizin) und den Umfang einer Gesundheitsversicherung.
- Wir stehen ein für neue und wesentlich weniger bürokratische Formen der Abrechnungen der Leistungen im Krankheits- und Präventivbereich.
- Wir stehen dafür ein, dass Pflegende in ihrer Arbeit am Menschen nicht durch ein Bürokratiemonster behindert, oder gar verhindert werden.
- Wenn eine private Firma ein Pharmazeutikum oder ein Medizinaltechnik-Produkt auf den Markt bringen will, hat sie für den Zulassungsaufwand nicht nur vollumfänglich zu sorgen, sondern die Daten müssen vollumfänglich offengelegt sein.
- Das Studiendesign darf nicht mehr von Herstellerfirmen stammen. Diese müssen von unabhängigen Forschern erstellt und die Resultate von weiteren unabhängigen Forschern ausgewertet werden. Diese Forscher dürfen der Herstellerfirma, welche die Gesamtkosten zu tragen hat, nicht bekannt sein.
- Eine jährlich in der Zusammensetzung wechselnde Ethikkommission hat die Studie zu bewilligen. Sämtliche Resultate und Studien haben in den jeweiligen Landessprachen veröffentlicht zu werden, so dass jeder Patient und Interessierte die Ergebnisse in seiner Sprache lesen und verstehen kann.
- Staatliche Forschung dient vor allem der Prävention (wie unter Gewaltentrennung erwähnt). Die natürliche Medizin muss gegenüber der Schulmedizin gebührend berücksichtigt werden (Anteil von 50%).
- Die Studien sehen regelmässige Tests des zu testenden Produktes/Heilmittels gegenüber Placebo (komplett wirkungslose Substanz) vor. Natürliche Heilmittel, welche traditionell bekannt und seit Jahrzehnten oder länger angewendet werden, dürfen nicht unter neue strengere Regularien gestellt werden.
- Swissmedic als bisheriges Ausführungsorgan ist aufzulösen.

## f. Geldsystem.

**Wir haben ein internationales Schuldgeldsystem<sup>1</sup>. Dieses führt automatisch zu international steigender Staatsverschuldung.** In Unterschlagung dieser Tatsache gelingt es Politikern immer wieder höhere Steuern durchzusetzen, Sozialausgaben zu kürzen (man muss halt den Gürtel enger schnallen).

Es gibt diverse alternative Geldsysteme, welche ihre Funktionsfähigkeit historisch bereits bewiesen haben. Wir sprechen uns hier nicht für ein Spezifisches aus. Jedoch setzen wir uns für ein werthaltiges Geldsystem ein, bei welchem das Geld durch einen „harten“ Gegenwert gedeckt ist.

Ludwig von Mises ist bereits vor 100 Jahren für den Wettbewerb verschiedener Geldsysteme eingestanden. So setzen auch wir uns ein für eine freie Erzeugung von alternativen Währungen. Letztlich geht es hier um Wirtschaft und Freiheit. Es ist ein Kennzeichen autoritärer Staaten, in den Handel auch Tauschhandel, einzugreifen und diese umfangreich kontrollieren zu wollen.

## g. Menschen- und Freiheitsrechte.

**Im Gegensatz zu den selbstzufriedenen Mehrheiten insbesondere der nationalen, aber auch kantonalen und lokalen Politikern, sehen wir die Menschen- und Freiheitsrechte in der Schweiz zunehmend verletzt. Diese wollen wir wieder herstellen, und für die Zukunft so absichern, dass diese auch in Krisenzeiten erhalten bleiben.**

- **Menschen sind keine Versuchsobjekte**

Mit massivem Lobbying wird die Bevölkerung seitens Telekom-Branche immer stärkeren Strahlungen ausgesetzt. Richtwerte werden willkürlich und zumeist gegen oben angepasst. Besorgniserregende Studien werden nicht ernst genommen. Es werden keine transparenten Sicherheitsprüfungen an Flora und Fauna durchgeführt. Hier gilt das Prinzip des Risikobasierten! Die Telekom-Branche hat die Sicherheit ihrer Technik von vornherein nachzuweisen, welche unabhängige Prüfinstitute durchführen (Vorsorgeprinzip). Ansonsten dürfen diese Techniken nicht eingesetzt werden. Für Schäden an Menschen und Tieren, sowie Flora und Fauna hat die Branche vollumfänglich aufzukommen (Verursacherprinzip), ebenso für Schutzmassnahmen, wie z.B. Gebäudeschutz gegen Strahlungen.

- **Genetik**

Die Schweizerbevölkerung hat sich wohlweislich für ein Genmoratorium ausgesprochen. Dieses wird unterlaufen, indem die CRISPR/Cas **Methode als kein genetischer Eingriff eingestuft werden soll. Medizinal Substanzen, welche das Erbgut beeinflussen, dürfen nicht als Standardmedikamente eingesetzt werden (z.B. mRNA Impfungen).** Risikobasiert kann die Ethikkommission Forschung mit entsprechenden Präparaten zur Therapie an Patienten mit Erbgutschäden zulassen und eine allfällige Zulassung des Medikaments hat den Anwendungsbereich unter ethischen Aspekten einzugrenzen.

- **Familienrecht**

Für uns gilt die Unantastbarkeit der Familie. Sie sollte vom Staat geschützt und nicht bedrängt werden (siehe UNO Menschenrechts Charta 1948 Art. 16.3). Wenn ein

---

<sup>1</sup> Geld wird durch Kreditvergabe erzeugt. Der Zins für den Kredit wird jedoch nicht erzeugt. Dieser wird erst durch spätere, neue Kredite von irgendjemandem erzeugt. So wächst die Globalschuld systembedingt stetig an bis zu einem Kollaps oder Schuldenschnitt. Das globale Geldsystem und damit der Franken ist demnach ein Schneeballsystem, welches gemäss Bundesgesetz gegen unlauteren Wettbewerb gem. Art. 3 UAW verboten ist.

Schicksalsschlag (Bsp. Kinder verwaisen) innerhalb der familiären Struktur gelöst werden kann, hat dies von keiner Instanz abgesehen oder geprüft zu werden (Bundesverfassung Art. 5 Abs. 3). Im Falle der Überforderung einer Familie ist die politische Gemeinde zuständig. Bei Verbrechen jeder Art wiederum die Polizei und die Justiz.

- **Menschliche Organe**

Das politische Lobbying macht sich schon seit Jahren für eine möglichst reibungslose Organentnahme von sog. Hirntoten stark. Dabei wirken immer auch Wirtschaftsinteressen hinein: jahrelanger Medikamentenkonsum zur Unterdrückung der Immunabwehr, teure Operationen, Chirurgenkarrieren, Transplantationsinfrastruktur, etc.

Wir akzeptieren, dass das Leben endlich ist. Wir lehnen die Organtransplantation nicht rundweg ab. Jedoch die automatische Verfügbarkeit über Organe von Menschen, welche einer Transplantation nicht ausdrücklich zugestimmt haben oder engster Angehöriger, die dem zustimmen unter einer von ihnen festgelegten Bedenkzeit. Hält jemand fest, dass er keine Organspender ist, ist dieser Entscheid unumstösslich.

- **Recht auf Privatsphäre**

Gemäss UNO Menschenrechts Charta 1948 hat jeder Mensch ein Recht auf Privatsphäre. Namentlich das Covid-Zertifikat, die Sammelwut vieler Digitalkonzerne, öffentliche und staatliche Kameras mit digitaler Gesichtserkennung, Geschwindigkeitsblitzer welche auch bei Nicht-Übertretung Nummernschilder automatisch abgleichen, die Abschaffung von Bargeld und vieles mehr, verstossen gegen das Recht auf die Privatsphäre und den persönlichen Datenschutz.

- **Präventivstrafen**

Strafen auf Verdacht oder Anschuldigung handeln gegen fundamentalste Menschenrechte. Keine Strafe ohne Straftat! Das PMT Polizeimassnahmengesetz ist ein Gesetz, welches Terrorverdächtige mit Hausarrest, elektronischen Fussfesseln, Kontaktverboten belegen kann, auch ohne Tatverdacht. Dabei ist der Begriff Terror und Verdacht nicht genau definiert. Verdacht kann die Bundespolizei auch ohne Beweise äussern und das entsprechende Opfer hat keine Möglichkeiten sich rechtlich zur Wehr zu setzen. Auch gewisse Handlungen des KESB können unter dem Gesichtspunkt Präventivstrafe gesehen werden.

Massnahmen gegen die Bevölkerung haben immer auf der Basis von Beweisen zu erfolgen, zumindest muss ein dringender begründeter Tatverdacht bestehen.

---

i Was wir unter risikobasiert verstehen:

Wir wollen risikobasierte Handlungen fördern, und streben im Grundsatz risikobasierte Gesetze und Verordnungen an. Risikobasierte Vorschriften bedeuten für uns, dass dort, wo ungefährliche Produkte, oder Arbeiten entstehen oder verkauft werden, keine oder moderate Regelungen vom Staat festgeschrieben werden. Mit der Erhöhung des Gefahrenpotentials steigt die Regeldichte proportional.

Parallel zu diesem Denken müssen die Haftungsfragen (Verursacherprinzip, Umkehr der Beweislast) verschärft werden, so dass die Verursacher für die Schäden ihrer Produkte (Beweislast bei Hersteller - Bei den Produkten der Pharma ist dies nicht so) oder Arbeiten (dafür haften Sie heute schon relativ schnell, deshalb hat jeder eine Haftpflichtversicherung.) haften. Dies fördert die Eigenverantwortung und erhöht die Qualität der Produkte oder der verrichteten Arbeiten oder Handlungen.

Wir fordern:

1. Risikobasierte Gesetze mit Festlegung von Grundansätzen.
2. Verschärfung der Haftungsvorschriften der Hersteller. Der Hersteller hat zu beweisen, dass seine Produkte unbedenklich sind. Ansonsten muss er die Haftung bei, durch sein Produkt wahrscheinlich verursachten Schäden, übernehmen.

Wir:

1. erhalten eine schlankere Gesetzgebung mit weniger Vorschriften.
2. Selbstbestimmung wird gefördert und belohnt.
3. erreichen mehr Eigenverantwortung.
4. administrativer Aufwand und Bürokratie gegen stark spürbar zurück.
5. ökologische Produkte werden gefördert, was eine höhere Nahrungsqualität mit sich bringt.
6. Konsumenten werden besser geschützt.

Positive Auswirkungen auf die tägliche Arbeit (kleine Auswahl):

1. Der Arzt und das Pflegepersonal wirken primär am Krankenbett nicht am Computer. Die Arbeit mit dem Menschen wird höher gewertet als die Administration.
2. Das Kosten-Nutzenverhältnis der Medikamente wird aufgrund der Beweislastumkehr optimiert. Dasselbe gilt auch bei Pestiziden und anderen chemischen Erzeugnissen.
3. Alle Branchen sind durch die Beweislastumkehr gefordert, welche heute bei weitem nicht für alle Branchen gleichermaßen gilt, Techniken und Produkte Mensch und Umwelt schonend zu produzieren. Die Unbedenklichkeit ist seitens Unternehmen/Branche an Menschen und Umwelt nachzuweisen und Grenzwerte sind deutlich unterhalb einer allfälligen Schädigung des schwächsten Gliedes festzulegen.
4. Noch einwandfreie Lebensmittel dürfen nicht mehr weggeworfen werden, nur weil das Haltbarkeitsdatum abgelaufen ist, sondern müssen Bedürftigen kostenlos oder zu einem stark reduzierten Preis zur Verfügung gestellt werden.
5. Die Produktionskosten sinken durch den Wegfall von unnötigen Regelungen (Papiertiger).
6. Im Strassenbau wird bedarfsgerechter gebaut. Der Brückenbau braucht andere Regelungen als der normale Tiefbau. Definition von Grundsätzen reicht aus.
7. Vorschriften im Bankenwesen sind ausufernd. Die Regelungen haben sinnvolle Grundsätze und Haftungsvorschriften zu enthalten, mehr nicht. (Die aktuelle Entwicklung dient Grossbanken und schadet kleinen Finanzinstituten).